

Handel

»Wir haben denen lange nicht geglaubt«

Jan Plagge, 47, Präsident des Ökoanbauverbands Bioland, über die Kooperation mit dem Discounter Lidl, der sein Ökosortiment auf Bioland-Qualität umstellt

SPIEGEL: Herr Plagge, sind Sie zum Feind übergelaufen?

Plagge: Nein, überhaupt nicht!

SPIEGEL: Überzeugte Biobauern machten bisher einen großen Bogen um Discounter.

Plagge: Die Zeiten ändern sich. Aber mir ist klar, dass manche ein Problem damit haben.

SPIEGEL: Sind Ihnen die miserablen Arbeitsbedingungen der Discounter egal, solange Sie mehr Bioware verkaufen?

Plagge: Nein, ich sehe durchaus, dass das Discountersystem Schwachstellen hat. Die sozialen und ethischen Probleme aus

der Vergangenheit sind mir bekannt. Wir haben Lidl aber als Unternehmen erlebt, das sich glaubhaft wandeln möchte.

SPIEGEL: Anderthalb Jahre haben Sie sich über die Kooperation unterhalten. Warum dauerte das so lange?

Plagge: Weil wir denen lange nicht geglaubt haben. Ich war der Meinung, die können nicht nach unseren Prinzipien einkaufen, weil sie immer nur nach der billigsten Ware greifen und die Lieferanten gegeneinander ausspielen. Wir haben deren Wunsch nach Zusammenarbeit deshalb für eine Art Greenwashing-Kampagne gehalten. Tatsächlich hat sich deren Einkaufsverhalten aber geändert, Lidl setzt auf langfristige Lieferbeziehungen, das haben wir geprüft.

SPIEGEL: Schon bisher haben Sie überschüssige Milch aus Bioland-Molkereien

an Discounter wie Lidl verkauft, die damit ihre billigen Bio-Eigenmarken bestückt haben – obwohl Bioland drin war.

Plagge: Das ist ja erst mal Sache des Händlers. Aber klar, dieses Downgrading hat uns nicht gefallen.

SPIEGEL: Wenn Aldi mit dem Biopreis runtergeht, wird der Druck auf Lidl und Bioland steigen.

Plagge: Eben nicht. Bioland-Produkte werden über Qualität und nicht über den Preis vermarktet,

das ist ein Paradigmenwechsel. Der bisherigen ruinösen Logik wird nicht mehr gefolgt.

SPIEGEL: Was ist, wenn Lidl rückfällig wird und doch an der Preisschraube dreht?

Plagge: Wir haben vertraglich Fairplay-Regeln und eine Ombudsstelle vereinbart. Die kann von Lieferanten angerufen werden, die sich unter Druck gesetzt fühlen, billiger zu liefern. NKL



ROLAND POPP / DPA

Plagge

Wirtschaftsprüfer

PwC ist Favorit für Deutsche-Bank-Mandat

● Der Aufsichtsrat der Deutschen Bank entscheidet kommende Woche, wer ab 2020 neuer Wirtschaftsprüfer des Konzerns wird. Insider gehen davon aus, dass sich PricewaterhouseCoopers (PwC) gegen den Rivalen EY durchsetzt – was heikel wäre: Seit August sitzt Norbert Winkeljohann, 2010 bis Mitte 2018 PwC-Deutschlandchef, im Aufsichtsrat der

Bank. Die versichert, dass sich Winkeljohann nicht am Auswahlverfahren beteilige: Dem Prüfungsausschuss, der dem Aufsichtsrat eine Empfehlung ausspricht, gehört er nicht an; an der Abstimmung im Rat über die Empfehlung nehme er nicht teil. Gleichwohl könnte er informell Einfluss nehmen. Das letzte Wort hat die Hauptversammlung 2019. Wegen der Rotationspflicht der Europäischen Union müssen die bisherigen Wirtschaftsprüfer von KPMG ihr Mandat abgeben, für das sie zuletzt 73 Millionen Euro berechnet hatten. BAZ

Kohleausstieg

Schneller Mobilfunk und Bahnverkehr statt Kohle

● Die Pläne für den Strukturwandel in den vom Kohleausstieg betroffenen Regionen nehmen konkrete Formen an. Die Kommission »Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung«, die im Auftrag der Bundesregierung das Ende der Kohleverstromung vorbereiten soll, will sowohl im Rheinischen Revier als auch in der ostdeutschen Lausitz eine Testregion für den zukünftigen Mobilfunkstandard 5G etablieren. Einigkeit besteht auch darin, gleich eine ganze Reihe von Schienenbauprojekten in einem Strukturwandelgesetz festzuschreiben. Kernstück ist dabei eine ICE-Trasse zwischen Berlin und Görlitz, die durchgängig zweigleisig für mindestens 200 Stundenkilometer schnelle Züge ausgelegt werden soll. Zusätzlich soll auch die Strecke von Görlitz bis Polen elektrifiziert und ausgebaut werden. Auf Nebenstrecken wie jenen zwischen Leipzig und Döbeln oder Leipzig und Zeitz sollen modernste Wasserstoffzüge verkehren. Die Vorhaben sollen im Bundesverkehrswegeplan als »vordringliche« Projekte geführt werden, wofür es auch bei der Deutschen Bahn Unterstützung gibt. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) hatte dem Gremium eine Art Wunschliste vorgelegt. Zusätzlich zu Bahnstrecken und Mobilfunk fordert er ein 100 Millionen Euro schweres Forschungsförderungsprogramm für bestehende Firmen in der Lausitz. GT, STW

Greser & Lenz



Der Brexit als Chance